

Dauer des Tätigkeitsverbots zur Abänderung des kreisgerichtlichen Urteils führen, während das weitere, gegen die Strafhöhe gerichtete Berufungsvorbringen keinen Erfolg hatte.

Anmerkung:

Mit vorstehender Entscheidung wird die Frage nach der grundsätzlichen Voraussetzungen, insbesondere nach der im Einzelfall festzulegenden Dauer des Tätigkeitsverbots aufgeworfen. Ausgehend von dem Wortlaut und dem Aufbau des § 53 Abs. 5 StGB kommt der Senat richtigerweise zu der Feststellung, daß Voraussetzung sowohl für ein Tätigkeitsverbot von fünf bis zehn Jahren als auch für ein dauerndes Tätigkeitsverbot der Ausspruch einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren ist. Demgegenüber ist eine Rechtsauffassung, nach der das Erfordernis der „besonders schweren verbrecherischen Verletzung von Berufspflichten“ als selbständige Alternative aufzufassen und die Festlegung eines zeitlich unbegrenzten Tätigkeitsverbots daher nicht an den Ausspruch einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren gebunden sei, u. E. rechtsirrig. Eine solche Auffassung verkennt den rechtspolitischen Charakter dieser Bestimmung.

Der Sinn des Tätigkeitsverbots besteht darin, im Interesse der sozialistischen Gesellschaft die Möglichkeit der Wiederholung des Mißbrauchs der beruflichen Tätigkeit zur Begehung von Straftaten auszuschließen und dem Täter durch eine in der Regel zeitlich begrenzte Untersagung bestimmter beruflicher Tätigkeiten die Überwindung der der Straftat zugrunde liegenden rückständigen Denk- und Lebensgewohnheiten zu erleichtern (vgl. Buchholz, Anm. zum Urteil des BG Dresden vom 3. August 1962 — 4 BSB 266/62 — NJ 1963 S. 255). Das kann z. B. der Fall sein bei wiederholt zum Ausdruck gebrachter, mit der Verletzung beruflicher Pflichten verbundener Unzuverlässigkeit oder Uneinsichtigkeit des Täters. Dabei ist zu beachten, daß der Ausspruch des Tätigkeitsverbots, vor allem die mehrjährige oder gar unbegrenzte Dauer eines solchen Verbots, mit schwerwiegenden Konsequenzen für den Angeklagten verbunden ist und einen erheblichen Eingriff in seine Persönlichkeitsrechte und seine gesellschaftliche und berufliche Entwicklung darstellt. Das Anliegen dieser Bestimmung ist grundsätzlich auch auf die spätere Wiedereingliederung des Rechtsverletzers gerichtet.

Der wesentlichste Grund für den Ausspruch des Tätigkeitsverbots ist der Mißbrauch der beruflichen Tätigkeit zur Begehung von Straftaten. Dieser Mißbrauch charakterisiert aber zugleich die Straftat selbst und damit vor allem Inhalt und Grad der Schuld des Täters. Der Mißbrauch der beruflichen Tätigkeit bestimmt somit auch die Gesellschaftswidrigkeit oder -gefährlichkeit der Straftat und ist Gegenstand der Strafzumessung gemäß § 61 StGB. Bereits die auszusprechende Hauptstrafe ist damit eine staatlich-gesellschaftliche Reaktion auf den Mißbrauch der beruflichen Tätigkeit zur Begehung von Straftaten und auf die Überwindung der diesem Verhalten zugrunde liegenden Einstellung des Täters gerichtet. Daraus folgt, daß das Tätigkeitsverbot grundsätzlich nur dann angewendet werden sollte, wenn diese Zusatzstrafe — über die erkannte Hauptstrafe hinaus — notwendig ist, um eine Wiederholung des Mißbrauchs auszuschließen.

Ein weiterer Aspekt, der insbesondere für die Festlegung der zeitlichen Dauer des Tätigkeitsverbots beachtet werden sollte, betrifft die Verhältnismäßigkeit des Tätigkeitsverbots zur Schwere der Straftat und damit auch zur erkannten Hauptstrafe. Es entspricht den Grundsätzen einer gerechten, differenzierten Strafzumessung, daß Umfang und Schwere der Maßnahmen

der strafrechtlichen Verantwortlichkeit in einem richtigen Verhältnis zur Schwere der Tat stehen. Das muß auch in einem entsprechenden Verhältnis von Haupt- und Zusatzstrafe seinen Ausdruck finden. Diesem Umstand trägt die Regelung über die Dauer des Tätigkeitsverbots in § 53 Abs. 5 StGB Rechnung. Der Ausspruch eines dauernden Tätigkeitsverbots ist grundsätzlich bereits bei einer Freiheitsstrafe von über fünf Jahren zulässig. Auf eine solche Maßnahme kann aber nur erkannt werden, wenn die Möglichkeiten des zeitlich begrenzten Verbots von fünf bis zehn Jahren voll ausgeschöpft sind und die besonders verbrecherische Schwere des beruflichen Mißbrauchs, die sich auch in der Höhe der erkannten Hauptstrafe ausdrückt, eine Überschreitung der zeitlichen Begrenzung von zehn Jahren zwingend erfordert. Damit ist die Anwendung des unbegrenzten Tätigkeitsverbots als Ausnahmefall gekennzeichnet.

Die Entscheidung über den Ausspruch eines Tätigkeitsverbots muß in jedem Fall gewissenhaft geprüft werden. Ihre Voraussetzungen müssen anhand des Umfangs der Straftat, ihrer Umstände und auch der Motive und der Persönlichkeitsentwicklung des Täters begründet werden.

Karl Munkwitz und Eberhard Kunz,
Staatsanwälte beim Staatsanwalt des Bezirks Leipzig

§§ 63 Abs. 2, 64 Abs. 2, 49 StGB.

1. Zur Strafuntergrenze der Hauptstrafe bei mehrfacher Gesetzesverletzung (hier: Tateinheit nach § 212 Abs. 1 und § 220 Abs. 1 Ziff. 2 StGB).

2. Neben einem öffentlichen Tadel ist die Geldstrafe als Zusatzstrafe nicht anwendbar.

BG Cottbus, Urt. vom 4. Juni 1971 — 00 Kass. S 6/71

Das Kreisgericht verurteilte den Angeklagten wegen Vergehens des Widerstandes gegen staatliche Maßnahmen in Tateinheit mit Staatsverleumdung gemäß §§ 212 Abs. 1, 220 Abs. 1 Ziff. 2 StGB zu einem öffentlichen Tadel und zu einer Geldstrafe in Höhe von 100 M.

Gegen das Urteil richtet sich der zuungunsten des Angeklagten gestellte Kassationsantrag des Direktors des Bezirksgerichts, mit dem fehlerhafte Anwendung der §§ 63 und 64 StGB gerügt wird. Der Antrag führte zur Abänderung des Urteils im Strafausspruch.

Aus den Gründen:

Bei mehrfacher Gesetzesverletzung nach § 63 Abs. 2 StGB ist gemäß § 64 Abs. 1 StGB eine Hauptstrafe auszusprechen, die dem Charakter und der Schwere des gesamten strafbaren Handelns angemessen und in einem der verletzten Gesetze angedroht ist. Dabei darf jedoch bezüglich der Art der anzuwendenden Strafe der Grundsatz des § 64 Abs. 2 StGB nicht außer Betracht bleiben, daß das Mindestmaß einer Freiheitsstrafe durch die höchste Untergrenze und ihr Höchstmaß durch die höchste Obergrenze der in den angewandten Gesetzen angedrohten Freiheitsstrafe bestimmt wird.

Wird bei mehreren Gesetzesverletzungen in einem Gesetz (hier: § 212 StGB) ausschließlich Freiheitsstrafe oder Verurteilung auf Bewährung angedroht, während die verletzten anderen Gesetze auch Geldstrafe oder öffentlichen Tadel vorsehen (hier: § 220 StGB), so ist aus dem Grundgedanken des § 64 Abs. 2 StGB heraus auf Freiheitsstrafe oder Verurteilung, auf Bewährung zu erkennen. Eine Verurteilung zu einer in einem der anderen verletzten Gesetze vorgesehen milderen Strafe verstößt gegen das Gesetz.